



Bild: Photocase.com, Markus Imorde

## Der Ruf nach einem CO<sub>2</sub>-Mindestpreis wird lauter

Deutschland muss seine Emissionen deutlicher senken, sollen die Klimaziele für 2020 noch erreicht werden. Eine sektorübergreifende CO<sub>2</sub>-Bepreisung wäre ein möglicher Lösungsansatz.

**KLIMAPOLITIK.** Die Zeit drängt. Deutschland kommt bei der Reduktion der Treibhausgase nur unzureichend voran. 2016 wurden mit 906 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten zwar 28 Prozent weniger emittiert als 1990, aber seit 2009 stagniert die Emissionsminderung. Für 2017 wird sogar wieder mit einer leichten Zunahme der Emissionen gerechnet. In den kommenden drei Jahren müssen sie jährlich um 50 Mio. t CO<sub>2</sub> gesenkt werden, um das für 2020 vereinbarte Klimaziel der Emissionsreduktion von 40 Prozent gegenüber 1990 noch erreichen zu können. Angesichts der Vergleichswerte aus den Jahren 1990 bis 2016 müsste sich das Tempo der Klimaschutzbemühungen bis 2020 vervierfachen. Ob das gelingen kann, darf bezweifelt werden.

„Mit Preisen von fünf bis sieben Euro je Tonne CO<sub>2</sub> erzielt der Emissionshandel keine Lenkungswirkung“, kritisiert Jörg Lange. Er ist Vorsitzender des im März gegründeten Vereins für eine nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe e.V. und setzt sich für einen Mindestpreis für Emissionen in Deutschland ein. Ende Oktober versammelte er gemeinsam mit der Bochumer GLS-Bank rund 150 Interessenten von Unternehmen, Verbänden sowie aus Wissenschaft und Politik in Berlin, um über Wege der möglichen CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu diskutieren. „Durch das Zurückfahren der EEG-Umlage und den Umstieg auf das Ausschreibungsverfahren haben wir im Moment die Situation, dass die Investitionen in regenerative Energien absehbar heruntergefahren werden“, so Thomas Jorberg, Vorstandssprecher der GLS-Bank.

Ausweitung des Emissionshandels würde CO<sub>2</sub>-Mindestpreis überflüssig machen

„Es ist nach wie vor attraktiv, in fossile Energien zu investieren“, sagt er und verweist auf die Entwicklung von Uniper. Der Kraftwerksbetreiber, der die fossilen Erzeugungsanlagen aus dem Eon-Konzern übernommen hat, konnte innerhalb eines Jahres seinen Börsenkurs verdoppeln. Jorberg ist überzeugt, dass mit dem marktwirtschaftlichen Instrument einer CO<sub>2</sub>-Abgabe die Fehlverteilung der Investitionsmöglichkeiten gestoppt werden könnte.

Am Beispiel des Kohlekraftwerks Datteln IV rechnet er vor, dass ein CO<sub>2</sub>-Preis von 40 Euro/t für die Betreiber zu einer jährlichen Mehrbelastung von 340 Mio. Euro führen würde. Umgerechnet auf den Strompreis müsste die Kilowattstunde dann um 3,1 Cent teurer werden. „Bei einem solchen Preis werden die erneuerbaren Energien wieder attraktiv, ohne dass man dafür besondere Förderungen in Aussicht stellen müsste“, resümiert Jorberg.

Ob ein solches Preisszenario aber sachlich gerechtfertigt ist, bleibt fraglich. „Ein CO<sub>2</sub>-Mindestpreis ist weder sinnvoll machbar noch im Interesse des Allgemeinwohls“, kritisiert etwa Jürgen Hacker, Vorsitzender des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz (bvek). Seit Jahren spricht sich der Verband für die Integration des Verkehrs- und Wärmesektors in den EU-Emissionshandel aus.

Dadurch erhielten auch die Emissionen dieser Sektoren einen CO<sub>2</sub>-Preis, der direkt oder indirekt auf alle Konsumgüter verursachungsgerecht umgelegt werden könnte. „Entscheidend für den Klimaschutz ist nicht der Preis der Emissionsrechte als solcher, sondern dass die Menge der Emissionsrechte quantitativ rechtlich verbindlich festgelegt und entsprechend der politisch gewollten Treibhausgasreduzierung gedeckelt wird“, sagt Hacker. Welcher Preis sich dann dabei entwickelt, sei für die Klimaschutzwirkung ebenso irrelevant wie die Frage, in welchen Sektoren die Einsparungen erzielt werden.

Es fehlt ein konkretes Konzept im Positionspapier

Anfang Oktober hatten sich 15 führende Energie- und Klimaschutzexperten zur Frage der CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu Wort gemeldet. „Unser Vorschlag bringt mehr Marktwirtschaft und mehr Fokussierung auf den Klimaschutz. Darüber hinaus enthält er die Chance, Komplexität in der gegenwärtigen Abgaben- und Umlagenstruktur erheblich zu reduzieren“, zeigt sich Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energieagentur (Dena), überzeugt.

Kuhlmann hatte die Initiative angestoßen und andere namhafte Experten mit ins Boot geholt. Die Unterstützer der Initiative legen kein konkretes Konzept vor, formulieren in ihrem Positionspapier aber Leitplanken für eine stärkere CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Wichtig sei, dass eine entsprechende Klausel in den Koalitionsvertrag der neuen Regierungsparteien aufgenommen werde. Rückenwind erhalten sie dabei auch von der Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“.

In einem E&M vorliegenden aktualisierten Statusbericht zur Umsetzung der Energiewende schreibt die Monitoring-Kommission, vor dem Hintergrund der unzureichenden Emissionsminderung „sollte das Design der Energie- und Klimaschutzpolitik überdacht werden“. Schließlich hätten sich auch andere Länder wie Großbritannien bereits für zusätzliche nationale Klimaschutzmaßnahmen entschieden. Konkret empfiehlt die Expertenkommission auch für Deutschland die Einführung einer allgemeinen CO<sub>2</sub>-Bepreisung unter Einbeziehung aller Emissionsquellen, Technologien und Sektoren. „Mit einer solchen Preismaßnahme würden sich die gegenwärtig erkennbaren Zielverfehlungen bei den nationalen Treibhausgaszielen für 2020 und 2030 reduzieren“, heißt es in dem Bericht.

„Der Emissionshandel erfüllt in der jetzigen Form sein wichtigstes Ziel nicht“, kritisiert Christoph Bals von Germanwatch, der den Kuhlmann-Aufruf ebenfalls mit unterzeichnet hat. Bals fordert: „Die neue Bundesregierung sollte im Emissionshandel und bei allen nicht in den Emissionshandel einbezogenen Sektoren einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis verankern, am besten abgestimmt mit Frankreich und weiteren EU-Partnern“.

Kritik daran kommt indes von Seiten der Industrie. BDI-Präsident Dieter Kempfer hält die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Mindestpreises als „nationalen Alleingang für kontraproduktiv“. Rückendeckung bekommt er dabei durch eine Analyse des Beratungsunternehmens Frontier Economics, die vom Kraftwerksbetreiber RWE in Auftrag gegeben worden war. In dem Gutachten heißt es, nationale oder regionale Mindestpreise im Emissionshandel führen zu Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Strommarkt.

„Im Ergebnis steigen die Strompreise mit entsprechenden Verteilungseffekten für die Endverbraucher an. Dies kann zu weiteren indirekten Effekten wie der Abwanderung von energieintensiver Industrie führen“, kritisieren die Autoren. Zudem verschiebe sich die Stromerzeugung tendenziell von Regionen mit CO<sub>2</sub>-Mindestpreis in Regionen ohne Eingriff in den Emissionshandel. Die Folgen seien höhere Erzeugungskosten durch einen ineffizienten Kraftwerkseinsatz und ein steigender Transportbedarf, der einen erhöhten Netzausbaubedarf nach sich ziehe.

Unternehmen preisen CO<sub>2</sub>-Kosten bereits ein

Diese Bedenken sehen die Befürworter der CO<sub>2</sub>-Bepreisung nicht. Die Forderung nach einer stärkeren CO<sub>2</sub>-Bepreisung finde auch Zuspruch in der Wirtschaft, betont Katharina Reuter, Geschäftsführerin von "UnternehmensGrün", dem Bundesverband der grünen Wirtschaft. „Die Unternehmen sind heute schon weiter als die Politik, viele rechnen bereits heute CO<sub>2</sub>-Preise von 30, 40 Euro je Tonne ein“ erklärt sie.

Nun sei es „höchste Zeit, dass die Politik nachzieht“. „Wollen wir die Klimaziele stemmen – und diesen Willen haben wir als Gesellschaft spätestens durch die Ratifikation des Pariser Klimaabkommens verbindlich erklärt – so braucht es eine Verteuerung der fossilen Brennstoffe“, macht Jorberg, Vorstandssprecher der GLS-Bank, klar. Eine Lenkungsabgabe auf CO<sub>2</sub> muss die neue Bundesregierung einführen, um die Dekarbonisierung auf den Weg zu bringen. ■

KAI ECKERT

© 2017 by Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Dieser Artikel und alle in ihm enthaltenen Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne schriftliche Zustimmung des Herausgebers unzulässig und wird strafrechtlich verfolgt. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen und die Weitergabe in elektronischer oder gedruckter Form.

Bitte sprechen Sie uns unbedingt an, bevor Sie diesen Artikel weiterleiten oder anderweitig verwenden. Vielen Dank!

## **Benötigen Sie Content aus der Energiewirtschaft für:**

**Ihre Homepage?**

**Ihren Newsletter?**

**Ihr Firmen-Intranet?**

**Bauen Sie auf individuellen Content für Ihre Online-Kommunikation und sichern Sie sich so einen authentischen und starken Auftritt.**



### **Wir bieten dafür die nötigen Content-Lösungen:**

hochwertige Inhalte und Daten für Ihre Online-Medien - ob für die Website, das Intranet und den Newsletter oder für Ihre Social-Media-Kanäle.

#### **content news**

Sie suchen redaktionelle Inhalte für Ihre Online-Auftritte - zur Information Ihrer Belegschaft oder als Serviceleistung für Ihre Kunden? Seit 20 Jahren steht die E&M-Redaktion für Kompetenz und Qualität, für höchste Ansprüche, wenn es um aktuelle Nachrichten aus der Energiewirtschaft geht: von Reportagen, Marktberichten und Interviews bis zu Nachrichten über technische Neuheiten

#### **content data**

Ob Echtzeit- oder historische Daten aus dem Energiemarkt: In unseren detaillierten Datenbanken und Informationsportalen (E&M powernews) n Sie das, was Sie für Ihre tägliche Arbeit brauchen. Zum Beispiel Wetter- und Wasserkraftdaten, Preis-Indizes für die Energiebeschaffung sowie Nachrichten zu Ihrem Unternehmen aus unserem Archiv.

#### **content services**

Als Content-Dienstleister bieten wir ganzheitliche Content-Lösungen, die über die passgenaue Auswahl und Bereitstellung von Inhalten und Daten hinausgehen. So reicht unser Leistungsspektrum von der strategischen Planung Ihrer Online-Kommunikation über die Erstellung individueller Formate (Unique Content) bis hin zur Optimierung bestehender Inhalte.

#### **Komfortabel und sofort verfügbar**

Mehrwert ohne Mehrarbeit! Reduzieren Sie Ihren internen Aufwand durch die externe Content- und Datenlieferung durch E&M. Und zwar in dem von Ihnen bevorzugten technischen Format und optischen Design. Individualisieren Sie Ihr Angebot - schnell und unkompliziert - ohne technisches Know-how und zusätzliche Ressourcen.

**Qualitativ hochwertig und für alle Plattformen**

Unsere Inhalte landen dort, wo Sie es wünschen! Ob auf Ihrer Firmen-Website, im Kunden- und Mitgliederportal (Extranet-Lösungen) oder im Intranet. Im Web, via Mobile oder über Terminals am Point of Sale, unsere Inhalte sind plattformübergreifend einsetzbar. Inhalte, die in punkto Aktualität und Qualität täglich neu überzeugen.

**Individuell und mit Mehrwert**

Auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten und modular einsetzbar, so sind unsere Inhalte aus dem Energiemarkt. Die Content-Lieferung: immer an Ihren Bedürfnissen und Wünschen ausgerichtet - ob redaktionelle Inhalte oder hochwertige Energie-Daten. Wir sorgen dafür, dass Ihr Content bei Mitarbeitern und Kunden nachhaltig wirkt.

**Funktionen & Lizenzen**

Direkter Zugang mit individuellen Passwörtern, Sammelzugänge mit allgemeinem Login oder Integration in das eigene CMS (Intranet/Extranet).

**Intranet & Extranet**

Lizensierung: Mehrfach-Lizensierung, nutzungsabhängige Abrechnung und individuelle Pauschallösungen.

**Sie haben Fragen oder möchten eine persönliche Beratung? Sebastian Lichtenberg freut sich unter Tel. 08152 / 93 11-88 oder unter [vertrieb@emvg.de](mailto:vertrieb@emvg.de) über Ihre Anfrage.**

[www.energie-und-management.de](http://www.energie-und-management.de) - Ihr Informationsdienstleister für die europäische Energiewirtschaft

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH  
Schloß Mühlfeld, D-82211 Herrsching  
Tel +49 8152 9311-77 / Fax -22  
[vertrieb@emvg.de](mailto:vertrieb@emvg.de)  
<http://www.energie-und-management.de>

Registergericht München HRB 105 345  
Geschäftsführer: Gisela Sendner, Timo Sendner